
Kita-Finanzierung gefällt dem Bundesrat nicht

Stellungnahme Der Bund soll keine Beiträge leisten, um die Kinderdrittbetreuungskosten für Familien zu senken. Dieser Auffassung ist der Bundesrat. Er verweist auf die Zuständigkeit der Kantone, die Verantwortung der Arbeitgeber und die angespannte finanzielle Lage des Bundes. Der Bundesbeitrag würde bei anderen wichtigen Aufgaben zu Einsparungen führen, schreibt der Bundesrat in der Stellungnahme zur Vorlage der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates. Er beantragt, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Das neue Gesetz soll das Impulsprogramm zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung ablösen. Dieses läuft Ende 2024 aus. In der Frühlingsession wird sich das Parlament mit der Vorlage befassen. Diese sieht vor, dass der Bund in den ersten vier Jahren nach Inkrafttreten 20 Prozent der durchschnittlichen Kosten eines Betreuungsplatzes ausserhalb der Familie übernehmen würde. Danach soll der Bundesbeitrag vom Engagement des jeweiligen Kantons abhängig werden. (SDA)